

Kabinettskarussell dreht sich

Das Kabinett von Premierminister Banharn Silapa-archa hat in den letzten Monaten eine ganze Serie von Umsetzungen erfahren. Selbst die Journalisten kommen kaum mit dem Zählen hinterher. Nach dem erfolglosen Mißtrauensvotum im Mai waren einige der umstrittensten Minister (aus der Therd Thai-Fraktion der Chart-Thai-Partei) zurückgetreten, unter anderem Vize-Finanzminister Newin und Vize-Innenminister Suchart Thancharoen. Die Minister der Phalang-Dhamma-Partei waren ebenfalls zurückgetreten, sind aber kurze Zeit später, zufrieden mit dem Ausscheiden der Therd Thai-Minister, wieder zurückgekehrt.

Dann traten die Minister der Prachakorn-Partei aus Protest

gegen das unsolidarische Verhalten der Phalang-Dhamma-Partei zurück. Einige Wochen später erklärte sich die Prachakorn-Partei dann aber auf Drängen des Premierministers bereit, in die Koalition zurückzukehren. Die drei Minister Samak (Vize-Premierminister), Yingphan (Wissenschafts- und Technologieminister) und Chaipak (Vize-Transportminister) kehrten auf ihre Posten zurück, während die Phalang-Dhamma-Partei zwei ihrer Minister auswechselte.

Am 13. August schließlich zog die Phalang-Dhamma-Partei erneut aus der Regierungskoalition aus. Grund war zum einen die Unzufriedenheit mit den Kabinettskollegen und dem Premierminister Banharn, vor allem was die neuerlichen

Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit der Vergabe von Banklizenzen angeht. Andererseits beruht der Auszug auch auf einem politischen Kalkül: Phalang Dhamma will nicht noch tiefer in den Strudel der öffentlichen Meinung gegen die Regierung gezogen werden. Gerade in Bangkok, wo die Partei am stärksten verankert ist, liegt Meinungsumfragen zufolge eindeutig die oppositionelle Demokratische Partei vorn.

Die Regierung Banharn scheint angeschlagen und verfügt jetzt nur noch über 209 Abgeordnete. Ein Rücktritt Banharns oder die Auflösung des Parlaments ist nicht mehr auszuschließen. Zur Zeit unterstützen die sechs verbleibenden Koalitionsparteien Banharn, was sich allerdings schnell ändern kann. Vize-Premierminister Amnuay Vira-

van sagte für die Nam-Thai-Partei: "Wir haben keinen Grund, die Regierung nicht zu unterstützen. Aber wir werden die Entwicklungen genau verfolgen müssen. Und Chavalit Yongchaiyuth, Vorsitzender der Neuen Hoffnungspartei, soll dem Generalsekretär der oppositionellen Demokratischen Partei gesagt haben, seine Partei werde sich nach dem Mißtrauensvotum aus der Koalition zurückziehen. Es wird allgemein vermutet, daß Chavalit in den nächsten Monaten versuchen wird, seinen langjährigen Traum zu verwirklichen und Premierminister zu werden."

BP Online 2., 3.7., 14., 15., 18., 20., 23., 27.8.1996; BPW 12.7.1996

Erneutes Mißtrauensvotum gegen Banharn-Regierung

Nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum im Mai (siehe SOAI 2/1996) muß sich die Regierung am 18. und 19. September erneut einem Mißtrauensvotum stellen. Das Hauptaugenmerk hat die Opposition diesmal auf Premierminister Banharn selbst gelegt.

Die Liste der Vorwürfe ist lang und umfaßt unter anderem das angebliche Plagiat seiner Magisterarbeit, Fälschung von offiziellen Dokumenten bezüglich seiner persönlicher Daten sowie der seines Vaters, Entgegennahme von Schmiergeldern für

Banklizenzen sowie Unregelmäßigkeiten beim Verkauf von Land an die Bank of Thailand durch seine Tochter Kanchana. In der Affäre um die Banklizenzen hat Justizminister Chalerm Yubamrung für Schlagzeilen gesorgt, als er den Vorwurf massiver Schmiergeldzahlungen an ungenannte Politiker und Beamte erhob. Allerdings sagte Chalerm nicht, auf welche Informationen er seine Vorwürfe stützt.

Nach dem Rückzug der Phalang-Dhamma-Partei aus dem Kabinett ist Banharn auf die geschlossene Unterstützung der verbleibenden Parteien angewiesen. Wenn innerhalb der Chart-Thai-Partei die Therd Thai-Fraktion, die mehrmals Unzufriedenheit über Banharn geäußert hat, dem Premierminister ihr Vertrauen entzieht, könnte das Mißtrauensvotum diesmal erfolgreich sein.

BP Online 13., 18., 27.8.1996

Bangkok Post mit Ausgabe im World Wide Web

Seit einigen Monaten kann die Bangkok Post übers Internet unter der Adresse

<http://www.bkkpost.co.th/index.html>

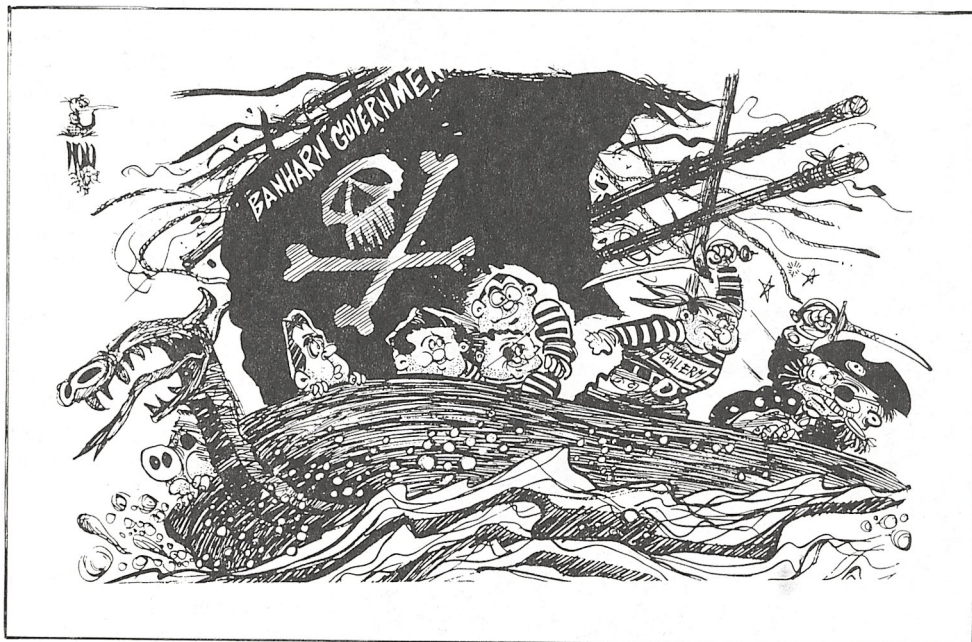
abgerufen werden. Verfügbar sind jeweils die aktuelle Tagesausgabe und die Nummern der vorangegangenen Woche.

eigene Quellen

Niedriglohnzone geplant

Das Industrieministerium hat positiv auf einen Vorschlag der Federation of Thai Industries reagiert, eine Niedriglohnzone einzurichten. In dieser Zone könnten thailändische Unternehmen ausländische Immigranten beschäftigen, ohne an den sonst geltenden Mindestlohn gebunden zu sein. Ein Unterausschuss des Nationalen Komitees für Industrielle Entwicklung soll nun einen Vorschlag für die diesbezüglichen Gesetze und Erlasse ausarbeiten.

BP Online 3.7.96



aus: BPW v. 23.8.96, S. 9

Verfassungsreform: Kompromiß erzielt

Nach langen Verhandlungen ist es am 22. August im Parlament zu einem Kompromiß über die Vorgehensweise bei der geplanten Verfassungsreform gekommen. Voraussichtlich am 14. Sept. wird das Parlament den Kompromißentwurf, dessen Details noch erarbeitet werden müssen, in Dritter Lesung verabschieden.

Obwohl seit langem Einigkeit darüber besteht, daß die gegenwärtige Verfassung durch eine demokratischere Verfassung ersetzt werden soll – dies war auch ein Wahlversprechen Banharns – gab es über den Weg dorthin in den letzten Monaten immer wieder Meinungsverschiedenheiten. Der Gesetzentwurf der Regierung sah die *Ernennung* eines 67köpfigen Komitees vor, das einen neuen Verfassungsentwurf schreiben sollte.

Nachdem das Parlament dem Regierungsentwurf in erster Lesung zustimmte, ist ein Sonderkomitee unter der Leitung des bekannten Politikwissenschaftlers und Senators Chai-Anan Samudavanija eingesetzt worden, das den Entwurf prüfen und verbessern sollte. Anstatt sich jedoch lediglich um Detailfragen zu kümmern, nahm das Komitee weitreichende Veränderungen vor. Nach dem Entwurf des Komitees sollte eine 76köpfige Versammlung *direkt* gewählt

werden, um unter Mithilfe von 23 Experten in Jura und Politischer Wissenschaft einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Dieser wäre dann direkt dem König zur Unterschrift vorgelegt worden.

Politiker aus den Regierungsreihen wandten daraufhin ein, der Entwurf des Komitees entspreche nicht den Prinzipien der Regierungsvorlage. Wäre es nicht zu einem Kompromiß gekommen, wäre der ohnehin langwierige Prozeß der Verfassungsreform gefährdet gewesen, zumal nicht auszuschließen ist, daß es in den nächsten Monaten zu einer Regierungsumbildung oder Parlamentsauflösung kommt, die die bislang gemachten Fortschritte zunichte machen könnten.

Nach dem jetzt erzielten Kompromiß soll ein 76-köpfiges Komitee *indirekt* gewählt werden, wobei über das genaue Wahlverfahren noch Unklarheit besteht. Problematisch ist vor allem die mögliche Einflußnahme des Innenministeriums und dessen lokaler Verwaltungsstrukturen auf den Wahlprozeß. Das Komitee wird unter Mitarbeit von 23 Akademikern einen Verfassungsentwurf erarbeiten, der dann vom Parlament verabschiedet werden muß. Sollte das Parlament den Entwurf ablehnen, wird das Volk in einem Referendum darüber entscheiden.

vgl. BP Online 23.5., 18., 23., 27., 28.8.1996

Neue "Arbeiterpartei"

Der Präsident des Gewerkschaftsdachverbandes National Labour Congress, Chin Thaplee, gab am 23.6. offiziell die Gründung der National Labour Party bekannt. Chin sagte, die neue Partei werde für die Interessen aller Arbeiter eintreten, um ihnen einen würdigen Job und einen besseren Lebensstandard zu sichern.

Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ist Chin und sein Gewerkschaftsdachverband allerdings vor allem durch seine Nähe zum Militär bekannt. So stand Chin während und nach dem Massaker vom Mai 1992 fest auf der Seite Suchindas. Unter den Gründungsmitgliedern ist auch Anuarak Sasithorn vom Sicherheitszentrum der Streit-

kräfte. Chin bestritt jedoch Schilderungen, nach denen die neue Partei als politische Plattform für den ehemaligen Oberbefehlshaber und Premierminister Suchinda Krapayoon dienen solle.

Die neue Partei sei offen für Personen aus allen Schichten, einschließlich Studenten, Akademikern und Arbeitern. Unter anderem will Chin den ehemaligen Studentenführer Thirayuth Boonmee sowie den Sohn des ehemaligen Premierministers Chatichai, Kraisaak Choonhavan für eine Mitarbeit gewinnen. Die Partei muß mindestens 5000 Mitglieder gewinnen, um die gesetzlichen Auflagen für die amtliche Registrierung zu erfüllen.

BP Online 24.6.1996, eigene Quellen

Umstrittene Korruptionsstudie

Der Wirtschaftswissenschaftler Sungsidh Piriyarangsarn von der Chulalongkorn-Universität in Bangkok sorgte mit einer Studie über Korruption für ungewöhnlich heftige Reaktionen. Die Studie geht ausführlich auf illegale Spielkasinos ein, deren Betreiber laut Sungsidh in Bangkok jährlich 600 bis 800 Mio. Baht Schmiergelder an Polizeiwachen zahlen. Nach der Vorstellung der Studie vor Journalisten verklagten die Chefs von 14 Polizeiwachen Sungsidh wegen Diffamierung.

Akademiker und Studenten sicherten dem Wissenschaftler ihre Unterstützung zu. Schließlich griff Premierminister Banharn vermittelnd ein, um die Polizisten dazu zu bewegen, ihre Klage zurückzuziehen. Die Beilegung des Konflikts wurde nach dem Zugeständnis Sungsidhs möglich, daß die Studie Fehler enthalten könne. Die üblichen Forschungsmethoden habe er bei diesem Thema nicht benutzen können und viele der verwendeten Informationsquellen seien schwer zu erreichen gewesen. Die zentralen Aussagen seiner Studie zog Sungsidh jedoch nicht zurück.

vgl. BP Online 4., 6.8.1996

Rätselhafter Tod eines Demonstranten

Ein Teilnehmer der Demonstrationen des "Forums der Armen" in Bangkok (im April d. J.) ist am 22. Juli in der Provinz Chaiyaphum auf rätselhafter Weise erschossen worden. Nach der Polizeiversion ist der 30jährige Bauer Jun Boonkhunthod von Polizisten überfallen worden, als er Spuren einer Marihuanaplantage habe beseitigen wollen. Beim darauffolgenden heftigen Kampf zwischen Jun und den Polizeibeamten habe sich versehentlich der Schuß gelöst. Nach Auffassung von Sprechern des "Forums" entspricht diese Version nicht der Wahrheit und ist nicht einmal in sich schlüssig. Vielmehr sei der Tod Juns Teil einer Einschüchterungskampagne gegen Aktivisten aus der NRO-Bewegung.

Die Aufklärung des Todesfalls war eine der Hauptforderungen des "Forums der Armen" bei einer erneuten Demonstration mit etwa 500 Teilnehmern am 13.8. vor dem Regierungsgebäude. Darüber hinaus sollte die Demonstration die Regierung an die Erfüllung der nach den letzten Demonstrationen gemachten Versprechungen erinnern.

vgl. BP Online 31.7., 4., 14.8.1996

– Anzeige –

BAHAMAS

Nr. 20 – Sommer 1996

Schwerpunkt: Elemente des Antisemitismus

- * Deutsche Antworten auf die soziale Frage *
- * Linksradikele für kulturelle Erweckung *
- * „Frieden“ im Nahen Osten *
- * Antiimperialismus und Antizionismus *
- * Phantom Kollektivschuld *
- * Goldhagendebatte *
- * Deutschen Fernfuchtlern mißfällt Dayton *
- * Kommunitarismus *
- * 200 Jahre deutsche Intelligenz u.a.m *

Abonnement DM 18 für drei Ausgaben; Einzelpreis DM 6
(nur Vorkasse / Briefmarken)

Fon/Fax: Berlin 030 / 623 69 44, Postfach 620 628,
10796 Berlin; Konto: E. Müller, Nr. 12005270,
Berliner Volksbank; BLZ 100 900 00